

Antrag Nr. 07-F-24-0002

CDU-Fraktion, SPD-Fraktion, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + FDP

Betreff:

Kraftwerksneubau auf der Ingelheimer Aue / Moratorium
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 08.02.2007 -

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung bekennen sich zum Standort Kraftwerke Mainz Wiesbaden (KMW) als regionaler Stromerzeugungsstätte in kommunaler Hand.
2. Das Vorhaben der KMW, ein groß dimensioniertes Kohlekraftwerk zu errichten, wird kritisch bewertet. Die ökologischen und wirtschaftlichen Auswirkungen dieses Vorhabens wie auch die möglichen Alternativen sollen vom Magistrat geprüft und der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt werden. Auch die ESWE-Versorgungs-AG soll sich an diesen Prüfungen beteiligen.
3. Für die beteiligten Unternehmen muss vor weiteren Entscheidungen die Klärung folgender Aspekte, gerade vor dem Hintergrund einer sich dramatisch verändernden Faktenlage, erfolgen:
 - a) ob die Wirtschaftlichkeit eines KHKW angesichts einer möglichen deutlichen Kostenerhöhung noch gegeben ist;
 - b) der gesellschaftsrechtliche Einfluss der Landeshauptstadt Wiesbaden und ihrer Beteiligungsgesellschaft ESWE-Versorgung auf die KMW und die beabsichtigte Betreibergesellschaft;
 - c) die technische Umsetzbarkeit angesichts der Bindung von Baukapazitäten durch das Oligopol der vier großen Stromkonzerne;
 - d) ob die Freistellungszusage von Verschmutzungszertifikaten der Bundesregierung langfristig gesichert ist, oder es in Folge der aktuellen Entscheidungsprozesse auf EU-Ebene, den Klimaschutz wirkungsvoller zu steuern, Änderungen in der Zuteilung von Verschmutzungszertifikaten und damit zu weiteren Mehrkosten kommt;
 - e) ob in der wirtschaftlichen Planung Veränderungen des Strompreises auf dem Markt nach unten berücksichtigt sind, die sich aus der von EU gewollten Liberalisierung des Strommarktes ergeben können.
 - f) ob der Weiterbetrieb des vorhandenen, hochmodernen GuD-Kraftwerks und den Einsatz der für das Kohlekraftwerk eingeplanten Investitionsmittel von 1,2 Milliarden Euro für Projekte der Strom- und Wärmeenergiegewinnung unter Nutzung erneuerbarer Energieträger, insbesondere der in unserer Region vorhandenen Erdwärme und Biogasproduktion, nicht eine sinnvollere Alternative zum Kohlekraftwerk darstellt. Für diese Alternativen sind die Möglichkeiten der Nutzung von Fernwärme auch in Wiesbaden darzustellen. Ebenso ist die Beschäftigungswirkung der unterschiedlichen Varianten darzulegen.

Antrag Nr. 07-F-24-0002

CDU-Fraktion, SPD-Fraktion, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + FDP

4. Der Magistrat der LHW wird aufgefordert, alles rechtlich Zulässige zu tun, damit das Verwaltungsverfahren zur Genehmigung eines KHKW auf der Ingelheimer Aue erst nach Klärung oben genannter Fragen fortgesetzt wird.
5. Der Magistrat wird gebeten, zu berichten, wie die von der Landeshauptstadt Wiesbaden vereinbarten Klimaschutzziele umgesetzt werden und wie die im Klimabericht 2004 erkennbare Schere zwischen den Zielen im CO₂-Ausstoß und dem tatsächlichen Ausstoß geschlossen werden kann.

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt den Beschluss des Umweltausschusses vom 23. Januar 2007, der eine Veranstaltungsreihe zur Verbesserung der Energieeffizienz und den Möglichkeiten des Energiesparens vorsieht. Die Stadtverordnetenversammlung erwartet, dass in diesen Veranstaltungen insbesondere die Möglichkeiten der Energieeinsparung dargestellt werden und daraus folgend ein Energieplan für Wiesbaden entwickelt wird, der Handlungsempfehlungen auch für die Wiesbadener Bürgerschaft enthält.

Die verschiedenen Varianten des Kraftwerksparks auf der Ingelheimer Aue sind auch im Hinblick auf ihre optimale Wirkung im Rahmen dieses Energieplans zu bewerten.

Die Stadtverordnetenversammlung bittet die Mitglieder des Aufsichtsrats der KMW, sich für ein Moratorium einzusetzen, damit keine rechtlich bindenden Entscheidungen fallen, solange die unter 2 und 3 genannten Fragestellungen nicht zufrieden stellend geklärt wurden.

Begründung:

Wiesbaden, 08.02.2007

gez.

Bernhard Lorenz
CDU-Fraktion

Elke Wansner
SPD-Fraktion

Michael Schlempp
FDP-Fraktion

Bettina Schreiber
Fraktion Bündnis90/
Die GRÜNEN

f.d.R.

Dr. Sven-Uwe Schmitz
Geschäftsführer

Christian Lahr
Assistent

Jeanette-C. Wild
Geschäftsführerin

Volker Meisinger-Persch
Geschäftsführer